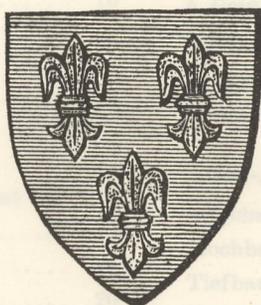


# VERWALTUNGSBERICHT DER LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN

FÜR DIE ZEIT VOM 1. APRIL 1950 BIS 31. MÄRZ 1951



Bürger und Stadtbürger	Jugendhilfe	38
Bewegungen in das Goldenes Jubiläum	Amt für Soforthilfe	43
Besondere Ereignisse und Veranstaltungen des Jahres 1950	Jugendamt	66
Bauwesen und Bebauung	Stadtwesen, Volk- und Jugendpflege	68
Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1950	Arbeitsamt	75
1. Allgemeines Verwaltung	Veranstaltungen für Leibesübungen und Jugendpflege	87
Kultur- und Sportverwaltung, Magistrate	Wehrungs- und Siedlungswesen	90
Magistrate	Städtische Bauverwaltung	90
Verwaltungswesen der Außenbezirke	Bau- und Maschinenamt	93
Zusatzverwaltungswesen	Lebensamt	98
Landwirtschaftswesen	Vermessungsamt	101
Erwerbswesen	Feuerwehr	105
Wirtschaftswesen	Bauschlichtabehörde	105
Wohnungsangelegenheiten	Wohnungsamt	108
Finanzwesen	Obdachlosenfürsorge	109
Rechnungswesen	7. Öffentliche Einrichtungen	
Rechtswesen	Fuhr- und Reinigungswesen	111
Rechtswesen und Schiedsgerichtsverfahren	Brandfeuerwehr	113
Rechtswesen für Strafen und Fesseln	Opfer- und Friedhofverwaltung	116
Rechtswesen (Kriegsstrafen)	Schlacht- und Viehhofverwaltung	117
Rechtswesen für	4. Wirtschaftliche Unternehmen	
Rechtswesen	Kur- und Baderverwaltung	120
Rechtswesen für	5. Finanz- und Steuerverwaltung	
Rechtswesen für	Kammeramt	123
Rechtswesen für	Stadtkasse	126
Rechtswesen für	Liegenschaftsamt mit Forst-, Jagd- und Marktangelegenheiten	128
Rechtswesen für	Steueramt	131
Rechtswesen für	Abzug	
Rechtswesen für	Städtische Wiesbaden Aktiengesellschaft	133
Rechtswesen für	Kahn- und Rheinfährenanlagen	133

Im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters bearbeitet und herausgegeben von dem Statistischen Amt der Landeshauptstadt Wiesbaden

# 4 FÜRSORGEWESEN UND JUGENDHILFE

---

## Fürsorge- und Jugendamt

### Fürsorgeamt

Das Berichtsjahr stand im Zeichen steigender Lebenshaltungskosten. Auffanggrenzen mußten erhöht, Vorbereitungen für eine Richtsatzserhöhung (ab 1. 4. 1951) getroffen werden. Oft war es schwer, die klassische Auffassung von der Subsidiarität der öffentlichen Fürsorge gegenüber generellen Anträgen auf Freilassung von Rentenzulassungen pp. erfolgreich zu vertreten und die Lösung im individuellen Charakter der Fürsorge zu finden. Im übrigen wurde nach wie vor die soziale Forderung aufrecht erhalten, Versicherungs- und Versorgungsleistungen so ausreichend zu bemessen, daß ihre Empfänger in der Lage sind, den notwendigen Lebensbedarf aus ihnen ohne ergänzende öffentliche Hilfe zu bestreiten.

Kriegsfolgefälle von Barunterstützungen sanken langsam weiter ab, dagegen waren Flüchtlings- und Wohnungsnot nach wie vor wesentliche Ursachen für ein anhaltendes Steigen der Anstaltsfürsorgefälle.

Einen offensiven Schritt vorwärts im Fürsorgegeschehen brachte die Einrichtung einer Krankenhausesfürsorge. Denn nur da, wo die Hilfe unmittelbar und persönlich an den Schnittlinien der Gefährdung und Erhaltung menschlichen Lebens ansetzt, kann sie ihren höchsten Wirkungsgrad entfalten.

Gleichzeitig sei auch an dieser Stelle allen Mitarbeitern der freien Wohlfahrtsverbände herzlichst gedankt.

Das Aufgabengebiet der vor Jahresfrist eingerichteten Stelle für Fürsorgerechtssachen ist weiter ausgebaut und intensiviert worden. Da die von der Einführung der Fürsorgerechtsvereinbarung erhoffte Vereinfachung bezüglich der Geltendmachung von Ersatzansprüchen unter Fürsorgeverbänden nicht eintrat, mußte eine große Anzahl von Streitfragen, insbesondere das Übergangsrecht betreffend, im Wege der mündlichen Besprechung und in umfangreichem Schriftwechsel geklärt werden.

In bezug auf die Geltendmachung von Kostenersatzansprüchen gegenüber den Unterstützten und die Heranziehung Unterhaltspflichtiger brachten in der letzten Zeit ministerielle Erlasse weitgehende Vergünstigungen für bestimmte Personengruppen, was eine Intensivierung der Überprüfungen und ein erhebliches Maß von Mehrarbeit mit sich brachte. Unter den der Stelle für Fürsorgerechtssachen zugeleiteten schwierigeren Erstattungsfällen nahm die Zahl der Fälle, in denen Ansprüche gegenüber Krankenkassen und sonstigen Versicherungsträgern geltend zu machen waren, stark zu.

In erhöhtem Maße war die Stelle für Fürsorgerechtssachen mit der Vertretung auswärtiger Fürsorgeverbände vor den ordentlichen Gerichten betraut.

Ferner oblag der Stelle für Fürsorgerechtssachen die Bearbeitung der Prüfungsbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes, soweit darin Fragen von grundsätzlicher Bedeutung angeschnitten wurden, und die Ausarbeitung von Richtlinien für die Dienststelle.

Durch den Abschluß von Verpfändungsverträgen – Verpfändung von Wertpapieren – und die Bewirkung der Eintragung von Sicherungshypotheken konnte eine Sicherstellung des Ersatzes von Fürsorgeleistungen in Höhe von 24.200 DM erfolgen.

## Offene Fürsorge

Fürsorgezweig	Stand	
	1. 4. 50	31. 3. 51
Sozialrentner . . . . .	1544	1396
Kleinrentner . . . . .	404	339
Sonstige Hilfsbedürftige . . . . .	2076	2125
Tbc.-Hilfe . . . . .	514	463
Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige . . . . .	107	106
Kb. u. Kh.-Fürsorge . . . . .	1786	1112
Fürsorge für noch nicht heimgekehrte Kgf. . . . .	48	272
Heimgekehrte Kriegsgefangene . . . . .	39	—
Evakuierte . . . . .	237	241
Flüchtlinge . . . . .	299	506
Andere Zugewanderte . . . . .	57	100
Ausländer und Staatenlose . . . . .	—	72

Der Gesamtaufwand der offenen Fürsorge einschl. Kriegsfolgenfürsorge betrug 4885421 DM. Hiervon entfielen auf Kriegsfolgenfürsorge 1810082 DM.

Die Verminderung der Fürsorgefälle ist darauf zurückzuführen, daß die Rentenerhöhungen nach dem Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz ab 1. 1. 1951 auf die Fürsorgeunterstützung anzurechnen ist. Diese Verminderung ist aber innerhalb der Sachbearbeitung durch die Gewährung einmaliger Beihilfen kaum spürbar geworden.

An einmaligen Beihilfen wurden 840800 DM ausbezahlt.

Bei der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge wirken sich die nach dem Bundesversorgungsgesetz zu zahlenden erhöhten Renten erst im folgenden Berichtsjahr aus. Durch die nach dem Gesetz über Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen bestandene Möglichkeit, die Beihilfen rückwirkend ab 1. 4. 1949 zu bewilligen, konnte dem Bezirksfürsorgeverband ein ansehnlicher Betrag erstattet werden.

In Betreuung der Kb.- und Kh.-Fürsorge standen:

### aus dem Weltkrieg 1914/18

Kriegsbeschädigte . . . . .	2226	(2167)	Parteien
Kriegshinterbliebene . . . . .	1817	(1790)	„

### aus dem Weltkrieg 1939/45

Kriegsbeschädigte . . . . .	4238	(3994)	Parteien
Kriegshinterbliebene . . . . .	5621	(5479)	„
Personenschadenfälle . . . . .	239	(219)	„
Außerdem Unfallbeschädigte und Gleichgestellte . . . . .	324	(298)	„ und
Zivillinde . . . . .	166		

Davon wurden laufend unterstützt:

alte Wehrmacht	Parteien	Personen
Kriegsbeschädigte und Personenschaden . . . . .	85 (87)	176 (183)
Kriegshinterbliebene . . . . .	94 (144)	106 (155)
<i>neue Wehrmacht</i>		
Kriegsbeschädigte . . . . .	224 (199)	582 (569)
Kriegshinterbliebene . . . . .	953 (940)	1373 (1363)

## Geschlossene Fürsorge

Gegenüber der an sich rückläufigen Tendenz in der offenen Fürsorge ist in der geschlossenen Fürsorge ein ständiges Ansteigen der Unterstützungsfälle zu verzeichnen. Dieses Ansteigen ist zunächst durch den Wiederaufbau und die Neueinrichtung von Altersheimen bedingt. Außerdem kommt in diesem Zusammenhang der Währungsreform eine gewisse Bedeutung zu. Die Ersparnisse der Selbstzahler wurden durch diese Geldumstellung stark verkleinert und sind inzwischen aufgebraucht worden. Die Insassen bleiben in der Regel weiterhin in den Heimen, und zwar auf Kosten der öffentlichen Fürsorge.

Das Berichtsjahr brachte verschiedene Erhöhungen der Pflegesätze, so zum Beispiel:

St. Valentinushaus Kiedrich . . . . .	von 3,20 DM auf 3,60 DM
Johannesstift . . . . .	„ 2,30 DM „ 3,00 DM
Krankenhaus „Rheinhöhe“ . . . . .	„ 4,00 DM „ 4,50 DM
Zimmermannstiftung . . . . .	„ 3,00 DM „ 3,30 DM und
Städtische Altersheime . . . . .	„ 3,00 DM „ 3,30 DM.

Übersicht bezüglich Unterbringung von Hilfsbedürftigen in Heimen und Anstalten.

	Fälle	Zahl der Ver- pfl.-Tage im Berichtsjahr	Aufwand DM
Zahl der am 31. 3. 1951 untergebrachten Personen (ohne Spezialpflegefälle) . . . . .	1119	408 696	1 373 078
In Spezialpflegeanstalten untergebrachte Personen am 31. 3. 1951 . . . . .	518		336 540

2111 Krankenhausfälle mit 51 960 Pflorgetagen und 328 251 DM Gesamtkosten wurden bearbeitet. Die Kosten der geschlossenen Fürsorge beliefen sich auf insgesamt 2 037 869 DM, davon entfallen auf Kriegsfolge 601 934 DM.

## Besondere Fürsorgemaßnahmen

### Allgemein

Auch im Winter 1950/51 wurden den Fürsorgeempfängern und Minderbemittelten Beihilfen zur Beschaffung von Winterbrand und Kartoffeln gewährt, und zwar:

für Alleinstehende . . . . .	20 DM
für Ehepaare . . . . .	30 DM und
für jedes Kind . . . . .	5 DM

Der Gesamtaufwand betrug:

für 5689 Part. Unterstützungsempfänger . . . . .	138 785 DM
für 3548 Part. Minderbemittelte . . . . .	88 244 DM

Außerdem erhielten eine Weihnachtsbeihilfe in folgender Höhe:

Fürsorgeempf. u. Minderbem. 15 DM (Alleinstehende oder Haushaltungsvorstand)	5 DM (für jeden hilfsbed. Angeh.)
Empfänger von Alfü.: 25 DM (Alleinstehende oder Haushaltungsvorstand)	10 DM (für jeden hilfsbed. Angeh.)

Der Gesamtaufwand betrug bei 8603 Parteien = 177 800 DM.

Weiterhin wurden gewährt:

Bar-, Sach- und Dienstleistungen der offenen gesundheitlichen Fürsorge . . . . . 160068 DM

Bar-, Sach- und Dienstleistungen der offenen wirtschaftlichen Fürsorge  
 an 12218 Parteien Fürsorgeempfänger . . . . . 234521 DM  
 an 1014 Parteien Minderbemittelte . . . . . 32783 DM;

Davon Ernährungszulagen an:  
 5229 Parteien mit . . . . . 54188 DM.

An Wochenfürsorge wurden 8599 DM ausgezahlt.

*Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge*

Über die Erfolge in der Berufsfürsorge und Arbeitsvermittlung der Schwerbeschädigten unterrichtet die nachstehende Übersicht

	Zahl der Personen am 1. 4. 1950	untergebracht bis 31. 3. 1951	hiervon im Berichts- jahr	noch zu vermitteln	nicht vermittlungs- fähig
Schwerbeschädigte . . . . .	5820	5390	530	349	81
Kriegsblinde . . . . .	22	4	1	11	7
Friedensblinde . . . . .	19	7	3	5	7
Hirnverletzte . . . . .	424	368	56	38	18
Unfallbeschädigte . . . . .	377	366	8	8	3
Insgesamt . . . . .	6662 (5958)	6135 (5396)	598 (591)	411 (404)	116 (158)

Schwerbeschädigtenausweise

Im Berichtsjahr wurden:

- 529 Ausweise zur unentgeltlichen Beförderung in Autobussen und Straßenbahnen,
- 191 Ausweise zur bevorzugten Abfertigung bei Arbeitsstellen usw. und
- 40 Ausweise zur Benutzung des Schwerbeschädigtenabteils bei der Bundesbahn

ausgestellt.

Einmalige Beihilfen

Aus Mitteln der Ausgleichsabgabe wurden in 410 Fällen 17880 DM an bedürftige Schwerbeschädigte zur Auszahlung gebracht.

In 757 Fällen wurden Beihilfen zu notwendigen Anschaffungen, Erholungsaufenthalte für Angehörige von Schwerbeschädigten usw. mit einem Gesamtbetrag von 51811 DM durch die Hauptfürsorgestelle bewilligt und in deren Auftrag von der hiesigen Bezirksfürsorgestelle ausgezahlt. 46 Anträge mußten abgelehnt werden.

Außerdem wurden im Berichtsjahr 290 Anträge auf Beschaffungs- und Produktivdarlehen zur Beschaffung von Mobiliar, Kleidung und Existenzgründung für Schwerbeschädigte bearbeitet. Durch die Hauptfürsorgestelle wurden hierfür 79074 DM bewilligt.

Zu Weihnachten 1950 wurden in 132 Fällen Beihilfen im Gesamtbetrag von 2935 DM an 100%ige Schwerbeschädigte gezahlt.

Sonderaufgaben

*Flüchtlingsdienst*

Im Hinblick darauf, daß der Besitz des Flüchtlingsausweises für Flüchtlinge außer den bekannten Vergünstigungen auch in steuerlicher Hinsicht eine gewisse Bedeutung erlangt hat, wird in verstärktem Maße die Ausstellung der Ausweise beantragt. 2360 Ausweise wurden neu

ausgestellt bzw. umgeschrieben. Weiterhin wurden durch den Flüchtlingsdienst 3474 Bescheinigungen zur Erlangung der für hilfsbedürftige Flüchtlinge vorgesehenen 50%igen Fahrpreismäßigung bei der Bundesbahn ausgestellt. Im Rechnungsjahr 1950 kam die Fürsorge für Umsiedler und Auswanderer hinzu. Hier waren 63 Fälle zu verzeichnen. 1232 mittellose Durchreisende sprachen beim Flüchtlingsdienst vor, die in der Regel ein Tagegeld und neuerdings einen Gutschein zur Einnahme eines Essens in der Volksküche erhielten. Außerdem hatte der Flüchtlingsdienst an vorsprechende illegale Grenzgänger Fahrgutscheine auszustellen, um den Grenzgängern die Fahrt zu den zuständigen Durchgangslagern zu ermöglichen. Die Ausstellung erfolgte auf Anordnung der Regierung, die die Kosten zu 100% trägt. Seit Juni 1950 obliegt dem Flüchtlingsdienst die Bearbeitung der Anträge auf Gewährung von Kleinkrediten für Flüchtlinge und politisch, rassisch und religiös Verfolgte. Bis zum 31. 3. 1951 lagen insgesamt 208 Kreditanträge vor. Ebenfalls seit Juni 1950 waren daneben 247 Anträge auf Gewährung von Ausbildungsbeihilfen im Rahmen der Kriegsfolgenfürsorge zu bearbeiten.

#### *Schulspeisung*

Nachdem die Amerikaner die kostenlose Lieferung der Lebensmittel für die Schulspeisung mit dem 30. 6. 1950 einstellten, wurden durch Bund und Länder Mittel zur Weiterführung der Schulspeisung bereitgestellt, so daß es möglich war, die Speisung in der bisherigen Weise fortzusetzen.

Die Zahl der gegen Bezahlung an der Speisung teilnehmenden Kinder ist weiterhin ständig zurückgegangen. Von 12937 Teilnehmern im April 1950 sank die Zahl der Teilnehmer auf 9000, wovon 5200 Teilnehmer (58%) von der Beitragszahlung befreit waren.

#### *Rundfunkgebührenbefreiung*

Die für die Befreiung Hilfsbedürftiger von der Rundfunkgebühr zugeteilten Freistellen haben sich auf 4837 erhöht.

#### *Armenrechtszeugnisse*

Insgesamt 4105 (3748) Zeugnisse zur Erlangung des Armenrechts wurden ausgestellt. Der Streitgegenstand war in

1321 (1374)	Fällen Klage auf Ehescheidung
539 (599)	Fällen Klage auf Unterhalt
<u>2245 (1775)</u>	Fällen sonstige Klagen
4105 (3748).	

#### *Heimkehrerbetreuung*

Zweck der Betreuungsstelle für entlassene Kriegsgefangene ist die Hilfe für den Heimkehrer im Behördenverkehr und allen sonstigen Gebieten bei der Rückgliederung ins Zivilleben.

Von der Betreuungsstelle wurden entgegengenommen:

104	Anträge auf Zahlung des Entlassungsgeldes,
143	Anträge auf Zahlung des Überbrückungsgeldes.

An 89 Heimkehrer wurden 9314 DM Entlassungsgelder und an 113 Heimkehrer 12735 DM Überbrückungsbeihilfen gezahlt.

1427 Heimkehrer nehmen die Betreuungsstelle wegen Hilfe und Auskünften in Anspruch.

An 74 Heimkehrer wurden Heimkehrerpakete ausgegeben.

#### *Zentral- und AOKK-Kartei*

Die Zentralkartei wurde weiter ausgebaut und vervollständigt. Die zentrale Ausgabe der Aktennummern verhindert eine doppelte Aktenführung bei verschiedenen Unterstützungsstellen. Die AOKK-Kartei wurde nochmals überprüft und eine vollständige Übereinstimmung mit der Ortskrankenkasse erzielt.

## Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Jugendamtes

### *Pflege- und Altersheim Wiesbaden-Biebrich*

Trotz laufender Wiederherstellungsarbeiten wirkte sich die fehlende Aufnahmefähigkeit für chronisch Kranke und Sieche sehr unangenehm aus. Viele Dauerkranke mußten auch weiterhin an auswärtige Anstalten verwiesen werden.

Die Pflegesätze für das Pflegeheim wurden von 3,50 DM auf 3,80 DM täglich für Fürsorgeempfänger und von 3,85 DM auf 4,20 DM für Selbstzahler erhöht.

	Bettenzahl	Belegung	Hiervon Selbstzahler	Pflege- personal	Vorhandenes sonstiges Personal
1. 4. 1950 . . . . .	135	129	33	11	13
31. 3. 1951 . . . . .	135	133	23	12	12

Die Insassen verteilten sich auf folgende Altersgruppen:

36.-65. Lebensjahr . . . . .	25
66.-80. „ . . . . .	74
81.-95. „ . . . . .	34
	133

### *Altersheim Waldfriede*

Im Herbst wurde mit dem Ausbau des Nebengebäudes begonnen, wodurch die Aufnahmefähigkeit des Heimes erhöht wird.

	Bettenzahl	Belegung	Hiervon Selbstzahler	Heimleiterin	Personal Sonstiges	Hausmeister
1. 4. 1950	40	39	4	1	5	1
31. 3. 1951	41	38	2	1	5	—

### *Altersheim Nerotal*

	Bettenzahl	Belegung	Hiervon Selbstzahler	Heimleiterin	Personal Sonstiges	Hausmeister
1. 4. 1950	40	37	10	1	4	1
31. 3. 1951	41	41	10	1	3	1

### *v. Zedlitz-Heim, Alwinenstraße 22*

Das Altersheim wird ganz individuell geführt und hat den Charakter eines Damenwohnheimes. Die Zahl der Insassinnen betrug 12.

### *Säuglings- und Kinderheim Kapellenstraße 82*

Das Heim war durch aufgetretene Krankheiten unter den Kindern nicht voll in Betrieb. Die Bettenzahl wurde auf 90 ermäßigt, da mit 100 Betten die einzelnen Zimmer überbelegt waren. Die schulpflichtigen Kinder wurden in andere Heime verlegt. Es werden nur noch Kinder bis zu 6 Jahren aufgenommen.

Bettenzahl	Beleg.-Zahl	Pflegesätze		Vorhandenes Personal
		Selbstzahler	Öffentl. Kosten	
90 (100)	68 (87) durchschn.	3,00 DM	3,00 DM	1 Heimleiterin 9 Schwestern und Kinderpflegerinnen 11 Vorschülerinnen
Davon sind:				
Selbstzahler . . . . .	8 (34) durchschn.			1 Köchin
Öffentl. Kosten . . . . .	60 (53) durchschn.			1 Näherin, 1 Putzfrau, 1 Waschfrau 1 Hausmeister

### *Städtische Waschküche Dotzheimer Straße 3*

Die Waschküche wurde im Dezember 1950 aufgelöst.

### *Volksküche am Boseplatz*

In der Volksküche wurde weiterhin die Schulspeisung hergestellt und in die einzelnen Schulen geliefert. Durch die Besserung der Versorgungslage verzichteten viele bisherige Teilnehmer auf die Schulspeisung, so daß auch der Küchenpersonalbestand auf 16 Personen herabgesetzt werden konnte.

Die Küche stellte außerdem noch 58 136 Portionen Mittagessen für Polizei und Bedürftige her. Die Schüler der Waldschule im Luft- und Sonnenbad erhielten außer der Schulspeisung Mittagessen.

### *Kinderspielplätze*

Die Kinderspielplätze Blücher-, Sedanplatz und Wallufer Straße waren voll in Betrieb. Weiter wurde im Juni 1950 ein Spielplatz in W.-Bierstadt eröffnet.

Eifrig wurde die Schaffung weiterer Kinderspielplätze betrieben.

### *Übernachtungsunterkunft und Vorasyl für Jugendliche, Mainzer Straße 69*

Mit der Eröffnung der obigen Unterkunft am 19. 2. 1951 wurde eine Einrichtung geschaffen, die einerseits den berechtigten Wünschen all der Stellen, die mit der Betreuung der fluktuierenden Bevölkerung zu tun haben, gerecht wird und andererseits den Strom der nicht selbsthaften Menschen auffängt und in enger Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei durch genaue Überprüfung der Personalien und Zweck und Ziel des Umherwanderns unter eine gewisse Kontrolle bringt.

Seit der Einrichtung des Vorasyls für Jugendliche in der Übernachtungsunterkunft wird die Erziehungsfürsorge für „heimatlose Jugend“ dort bearbeitet.

In der Zeit vom 19. 2. bis 31. 3. 1951 haben

in der Übernachtungsunterkunft	371 Männer
	70 Frauen und
im Vorasyl für Jugendliche . . . .	83 Männer
	10 Mädchen

übernachtet.

Bis zur Errichtung einer Jugendherberge ist dem Übernachtungsheim als weitere Aufgabe die Funktion einer Jugendherberge zugefallen.

### *Krankenhausfürsorge*

Mit dem Aufbau der sozialen Krankenhausfürsorge wurde im Mai 1950 begonnen. Dieses erste Jahr der Arbeit verlangte die Beseitigung zahlloser Schwierigkeiten verschiedenster Art und ergab ein stetes Anwachsen fürsorgerischer Aufgaben.

Da Krankenhausbehandlung zweifelsohne die teuerste Form der Versorgung darstellt, gewinnt gerade in der gegenwärtigen Notzeit die Aufnahme krankenhausesfürsorgerischer Arbeit erhöhte Bedeutung.

Sie erstreckt sich auf

- kosten- und betteneinsparende Maßnahmen (Unterbringung von Kindern und Erwachsenen, Beschaffung von Hauspflegen, Antragstellung für – möglichst schnelle – Rentenbewilligung, Vermittlung frühzeitiger Verlegung in Spezialheilstätten) und auf
- vermittelnde und betreuende Tätigkeit zur Hebung der Gesundheit (Erholungsver-schickung, Ernährungszulagen, Wohnraumvermittlung, Schwangerenbetreuung, Beschaffung von orthopädischen Gegenständen, Mietregelungen bei längerem Krankenhausaufenthalt, Besorgungen und Sachbeschaffungen.

Die 1192 bearbeiteten Fälle wurden an die Krankenhausfürsorgerin herangebracht durch Mitteilung der Ärzte oder der Stationsschwestern, durch Antragstellung der Patienten selbst (Sprechstunde oder am Krankenbett) oder ihrer Angehörigen, weiterhin auf Veranlassung der Abteilungen des Fürsorge- und Jugendamtes und caritativer Vereinigungen.

In die Arbeit der Geschwulstkrankenberatungsstelle wurde die nachgehende Fürsorge eingeschaltet. Diese ist notwendig, da manche der in Behandlung der Frauenklinik gewesenen Geschwulstkranken aus den verschiedensten Gründen heraus dazu neigen, sich einer weiteren Behandlung – trotzdem ihnen die Notwendigkeit einer solchen vom Arzt erklärt wurde – zu entziehen.

### Amt für Soforthilfe

Die Leistungen aus dem Soforthilfefonds wurden durch Hereinnahme neuer Aufgabengebiete wie Gewährung von Existenzaufbauhilfe, Ausbildungshilfe, Finanzierungshilfen für Eigenheime, Kleinsiedlungen und Mietwohnungen bedeutend erweitert, so daß zur Erledigung all dieser Aufgaben neben den planmäßig zur Verfügung stehenden 15 Bediensteten laufend durchschnittlich 10 überplanmäßige Kräfte beschäftigt waren.

Die mit Inkrafttreten des Soforthilfegesetzes angelaufenen Soforthilfemaßnahmen „Unterhaltshilfe“ und „Hausrathilfe“ wurden in der Berichtszeit fortgeführt.

#### Unterhaltshilfe

Die Zahl der Unterhaltshilfeanträge hat sich auf 7429 erhöht. Bis zum 31. 3. 1951 wurden davon 7320 erledigt, und zwar

- 5857 durch Bewilligung und
- 1463 durch Ablehnung oder Zurückziehung.

Für die 5857 seit Inkrafttreten des Gesetzes rechtskräftig gewordenen Bewilligungsentscheidungen, die sich auf

- 1447 Flüchtlinge
- 378 Sachgeschädigte
- 4027 Währungsgeschädigte und
- 5 politisch Verfolgte

verteilen, mußten bis zum 31. 3. 1951 insgesamt 2125417 DM aufgewendet werden.

#### Hausrathilfe

Bis zum 31. 3. 1951 wurden insgesamt 24879 Anträge auf Hausrathilfe eingereicht. Davon wurden im Berichtsjahr erledigt 9499, und zwar

- 8964 durch Erlaß von Bewilligungsbescheiden und
- 535 durch Ablehnung.

Die Aufwendungen betragen für

4743 Flüchtlinge . . . . .	530400 DM
4221 Sachgeschädigte . . . . .	533955 DM
	1064355 DM

#### Existenzaufbauhilfe

Mit Weisung des Hauptamtes für Soforthilfe vom 28. 4. 1950 über die Gewährung von Aufbauhilfe (Existenzaufbau) wurde eine weitere im Gesetz vorgesehene Maßnahme eingeleitet. 832 Anträge auf Gewährung von Aufbauhilfe wurden entgegengenommen. Darunter befanden sich

- 446 Flüchtlinge
- 314 Sachgeschädigte
- 60 Spätheimkehrer
- 12 politisch Verfolgte.

Bewilligt wurden auf 211 Anträge 944700 DM. Hiervon entfallen auf

115 Flüchtlinge . . . . .	506200 DM
87 Sachgeschädigte . . . . .	386000 DM
7 Spätheimkehrer . . . . .	39500 DM
2 politisch Verfolgte . . . . .	13000 DM
	<hr/>
	Zusammen 944700 DM

Abgelehnt wurden

85 Anträge von Flüchtlingen
87 Anträge von Sachgeschädigten
8 Anträge von Spätheimkehrern
6 Anträge von politisch Verfolgten
<hr/>
Zusammen 186 Anträge.

#### *Ausbildungshilfe*

Weiterhin wurde die nach § 43 SHG vorgesehene Ausbildungshilfe (für Zwecke der Schul- und Berufsausbildung) mit Weisung des Hauptamtes für Soforthilfe vom 18. 3. 1950 eingeleitet und zwar zunächst begrenzt auf

Fachschulen  
Höhere Schulen  
Krankenpflegeschulen  
Landwirtschaftsschulen.

Mit Weisung vom 8. 5. 1950 wurde die Ausbildungshilfe auf Lehrlinge und Anlernlinge erweitert. Bis zum 31. 3. 1951 wurden Schüler und Schülerinnen nachstehender Ausbildungsstätten durch das Amt für Soforthilfe betreut:

Höhere Schulen . . . . .	= 5
Wirtschaftsoberschulen . . . . .	= 1
Fachschulen . . . . .	= 6
Krankenpflegeschulen . . . . .	= 4
Landwirtschaftsschulen . . . . .	= 1
	<hr/>
	17

Ausbildungshilfe erhielten ferner Lehrlinge und Anlernlinge, deren Ausbildungsort Wiesbaden ist; Studien-, Forst- und Landwirtschafts-Referendare sowie Zahnärzte in Hessen.

Eingereicht wurden 499 Anträge auf Ausbildungshilfe. Bewilligt wurden 402, abgelehnt 97 Anträge. Die bewilligten Anträge verteilen sich auf:

Flüchtlinge . . . . .	= 352
Sachgeschädigte . . . . .	= 25
Spätheimkehrer . . . . .	= 23
politisch Verfolgte . . . . .	= 2
	<hr/>
	402

Hierfür mußten in der Berichtszeit 106018 DM aufgewendet werden.

#### *Finanzierungshilfe für Eigenheime, Kleinsiedlungen und Mietwohnungen*

Auf Grund der Weisung des Hauptamtes für Soforthilfe vom 6. 11. 1950 über die Gewährung von Finanzierungshilfen für Eigenheime, Kleinsiedlungen und Mietwohnungen wurde dem Amt für Soforthilfe ein weiteres Aufgabengebiet übertragen. Die Aktion selbst setzte am

1. 2. 1951 ein. An Mitteln für diesen Zweck wurden 115900 DM zur Verfügung gestellt. Bis zum Ende der Berichtszeit wurden 1084 Anträge ausgegeben und zwar an:

680 Flüchtlinge	davon z. Finanzierung von Eigenheimen . . . . .	192
	z. Finanzierung von Mietwohnungen . . . . .	423
	z. Erwerb von Genossenschaftsanteilen . . . . .	65
404 Sachgeschädigte und Spät-heimkehrer	davon z. Finanzierung von Eigenheimen . . . . .	90
	z. Finanzierung von Mietwohnungen . . . . .	270
	z. Erwerb von Genossenschaftsanteilen . . . . .	44

**Soforthilfeausschuß**

In 60 Sitzungen wurde über 1780 Anträge entschieden, die sich wie folgt auf die einzelnen Soforthilfearten verteilen:

Existenzaufbauhilfe	22 Sitzungen =	377 Anträge
Unterhaltshilfe	15 Sitzungen =	904 Anträge
Ausbildungshilfe	23 Sitzungen =	499 Anträge
	60 Sitzungen	1780 Anträge

**Entlastung der öffentlichen Fürsorge**

Die Entlastung der öffentlichen Fürsorge durch vollständige oder teilweise Übernahme der Anspruchsberechtigten in die Betreuung mit Unterhaltshilfe spiegelt sich in folgenden Zahlen nieder:

Zahl der Unterhaltshilfeempfänger (ohne Zuschüsse) am 31. 3. 1951:

Parteien insgesamt . . . . .	3681
darunter zuvor in Fürsorge . . . . .	1798
davon weiter zusätzlich in Fürsorge . . . . .	507
aus der Fürsorge ausgeschieden . . . . .	1291

**Anmelde- und Vorprüfstelle (Betreuungsstelle) zur Durchführung des Entschädigungsgesetzes**

Die Tätigkeit der Betreuungsstelle bestand im wesentlichen in der Vorprüfung der nach dem Entschädigungsgesetz vom 10. 8. 1949 eingereichten Entschädigungsanträge der politisch, rassistisch und religiös verfolgten Personen.

Weitere 417 (2500) Formularsätze für die Antragstellung nach dem Entschädigungsgesetz wurden ausgegeben, während 504 (1500) Anträge wieder eingereicht wurden. Von den Anträgen konnten 1310 (250) fertig bearbeitet werden und an die Zentralmeldestelle bei der Wiedergutmachungsabteilung des Hessischen Innenministeriums zur Registrierung weitergeleitet werden. Neben diesem Aufgabengebiet wurde auch die Betreuung, wie sie in den Richtlinien über die Bildung und das Verfahren der Betreuungsstellen in Hessen (GVBl. 1946 S. 227) niedergelegt ist, weitergeführt. Ebenso wurden nach dem Gesetz über die Bildung eines Sonderfonds zum Zwecke der Wiedergutmachung vom 24. 6. 1947 Anträge auf Vorleistungen geprüft und zur Auszahlung gebracht.

Im Berichtsjahr wurden 742 (1622) Anträge auf finanzielle Unterstützung gestellt, wovon 333 (1233) Anträge genehmigt wurden. Diese Anträge, als auch die Anträge auf Aufnahme in die Betreuung wurden durch den Beisitzer-Ausschuß in 42 (47) Sitzungen geprüft.

Die genehmigten Anträge gliedern sich wie folgt:

76 (204) Beihilfen für Heilbehandlung und Durchführung von Kuren im Betrage von . . . . .	19897 DM (68282 DM)
18 (62) Beihilfen zur Existenzgründung und -sicherung im Betrage von . . . . .	43400 DM (91500 DM)

2	(12)	Beihilfen zur Berufsausbildung im Betrage von . . . . .	900 DM	(9200 DM)
196	(386)	Beihilfen zur Behebung eines Notstandes im Betrage von	103 181 DM	(216 517 DM)
11	(159)	Beihilfen zum Zwecke der Auswanderung im Betrage von	10 100 DM	(142 500 DM)
24	(32)	Unterhaltsbeihilfen im Betrage von . . . . .	16 390 DM	(21 600 DM)

Ferner wurden in 166 (187) Fällen Renten in Höhe von monatlich 25 DM bis 350 DM mit einem Gesamtbetrag von 225 605 DM (357 518 DM) gewährt.

Die Gesamtausgaben betragen 419 473 DM (999 197 DM).

Von 63 Anträgen auf Aufnahme in die Betreuung wurden 41 durch den Beisitzer-Ausschuß genehmigt. Die Zahl der betreuten Personen belief sich auf 1323 (1503).

Hiervon sind:

- 706 (786) politisch verfolgt,
- 446 (542) rassisch verfolgt,
- 46 (47) religiös verfolgt,
- 125 (128) Hinterbliebene.

Der Rückgang der betreuten Personen gegenüber dem Vorjahr erklärt sich bei den politisch Verfolgten zum Teil durch Ausschluß aus dem Betreutenkreis und zu einem wesentlicheren Teil durch Todesfälle. Der Rückgang der Personenzahl bei den rassisch Verfolgten ist auf die im Berichtsjahr stattgefundene Auswanderung zurückzuführen.

Die Dienststelle war mit 8 Bediensteten besetzt.

### Jugendamt

Im *Pflegekinderwesen* blieb trotz Erhöhung der Pflegesätze der Mangel an geeigneten Privatpflegestellen bestehen.

#### *Mitwirkung im Vormundschaftswesen*

Trotz eines geringen Rückganges der unehelichen Geburten hat sich die Zahl der laufenden Amtsvormundschaften um 169 erhöht, da die Abgabemöglichkeiten von Amtsvormundschaften an Einzelvormünder erschöpft sind.

In der *Erziehungshilfe* sind die allgemeinen kriegs- und nachkriegsbedingten Verwahrlosungserscheinungen weiter zurückgegangen. Im Mittelpunkt des Interesses steht heute wieder das einzelne umwelt- oder anlagemäßig problematische Einzelschicksal des Jugendlichen.

In der *Kindererholungsfürsorge* machen sich die unheilvollen Spätwirkungen der Hungerjahre noch immer an den Kindern in körperlich-seelischer Hinsicht erschreckend geltend. Es wurden wieder laufend die Heime Wangerooe, Borkum, Westerland, Dillenburg, Bensheim, Herrenalb, Badenweiler, Oberjoch, Bayerisch-Gmain, Münster am Stein, Weilmünster, Bad Orb und Bad Schwalbach mit insgesamt 1 042 Kindern belegt. Infolge örtlichen Auftretens der Kinderlähmung im Herbst 1950 mußten wegen Sperre 28 Kuren ausfallen. In Erkenntnis der großen Dringlichkeit dieser Fürsorgemaßnahmen beteiligte sich auch die Landesversicherungsanstalt wieder mit  $\frac{1}{3}$  Zuschuß an den Kurkosten für Kinder der versicherungspflichtigen Bevölkerung. Auch die Krankenkasse leistete wieder Zuschüsse.

Nach dem Stand vom März 1951 ergibt sich folgender zahlenmäßiger Überblick.

#### *Amtsvormundschaft*

Führung gesetzlicher Amtsvormundschaften (§ 35 R.JWG) . . . . .	2530	(2381)
Führung bestellter Vormund- und Pflegschaften (§ 41) . . . . .	336	(484)
Rechtshängige Unterhaltsklagen . . . . .	234	(190)
Rechtshilfeersuchen anderer Jugendämter . . . . .	1 096	(1 129)

## Gemeindewaisenrat

### Vormundschaftsgerichtshilfe

Vorschläge geeigneter Personen als Vormünder, Pfleger, Beistände (§ 1849 BGB)	665	(552)
Unterstützung des Vormundschaftsgerichts in der Überwachung der Vormünder (§ 43 RJWG)	479	(431)
Erstvernehmung unehelicher Mütter	645	(565)
Rechtshilfeersuchen anderer Jugendämter	285	(238)

### Pflegekinderschutz

Vermittlung von Kindern in Pflegestellen, Anträge auf Halteerlaubnis (§ 20 RJWG)	118	(128)
Aufsichten über Pflegekinder (§ 24 RJWG)	229	(197)
Aufsichten über uneheliche Kinder bei der Mutter (§ 25)	2772	(2310)
Adoptionsvermittlungen	22	(30)

### Erziehungshilfe

Laufende Erziehungsüberwachungen	598	(604)
Laufende Schutzaufsichten	469	(481)
Laufende Aufsichten über beurlaubte Fürsorgezöglinge (§ 66,3 RJWG)	244	(239)
Anträge auf Schutzaufsichten (§ 57 RJWG)	20	(46)
Anträge auf Aufhebung der Schutzaufsichten	55	(73)
Anträge auf Erziehungsfürsorge oder Fürsorgeerziehung (§ 65 RJWG)	116	(106)
Jugendgerichtshilfe-Ersuchen; soziologische und jugendpsychologische Gutachtertätigkeit		

### Wahrnehmung der Termine:

an deutschen Jugendgerichten (Jugendstrafrechts-Verordnung vom 6. 11. 43)	221	(240)
an Besatzungsgerichten	12	(24)

### Gutachtliche Mitwirkung bei familienrechtlichen Regelungen durch das Vormundschaftsgericht in:

Ehescheidungsprozessen usw.	1035	(1280)
Transporte von Jugendlichen	488	(425)